

Dorle Gelbhaar

Chile heute

40 Jahre nach dem Militärputsch

In Chile, dem Land, in dem vor 40 Jahren der Präsidentenpalast La Moneda bombardiert und die Demokratie weggeputscht wurde, herrscht heute innerer Frieden. Die einst vor dem blutigen Terror des Diktators Augusto Pinochet geflohenen Chilenen und Chileninnen sind überwiegend längst zurückgekehrt und haben sich eine neue wirtschaftliche Existenz aufgebaut. Man kann wieder frei sprechen. Die Wirtschaft prosperiert. Chile ist das reichste Land Lateinamerikas, das exportstärkste Land Südamerikas. Die Exportquote ist mit der Deutschlands vergleichbar, ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Alles ist stabil. Deutsche, die langjährige, bis in die Zeit unmittelbar nach dem Militärputsch zurückreichende Freundschaften zu ehemaligen Emigranten und Emigrantenkindern pflegen, hört man aber mitunter sagen: »Da bewegt sich nichts mehr«.

Dass die Wirtschaft nicht weiter prosperieren werde, zeichnet sich nicht ab. Ganz im Gegenteil. Das Andenland kann auch 2013 einen weiteren Anstieg des BIP verzeichnen. Ebenso ist die kulturelle Landschaft Chiles und speziell die von Santiago de Chile von neuer Vielfalt geprägt. So singen etwa die alten Barden – wie Quilapayun und Inti-Illimani – wieder ihre Lieder und die Jüngeren wie die Sängerin Ilabaca knüpfen an die revolutionäre Vergangenheit des Andenlandes an. Die temperamentvolle junge Musikerin sieht sich in der Nachfolge Victor Jaras, des Musikers, der im Zentralstadion Santiagos auf brutalste Weise gefoltert und ermordet wurde. Sie setzt sich in ihren Liedern zum Beispiel für die Vergessenen des Landes, die indigene Gruppe der Mapuche, ein. Ihre Musik geht an die Wurzeln. Der temperamentvolle lateinamerikanische Klang mischt sich

mit scheinbar weltentrücktem, psychedelischem Ton. Die Lieder von den diskriminierten Mapuche, von den Bergarbeitern und von den in der Wüste säenden und erntenden Landarbeiterinnen im Norden des Andenlandes haben etwas Visionäres, das auch im Ausland Interesse weckt.

Die Hauptstadt Santiago de Chile hat in den letzten zehn Jahren äußerlich an Attraktivität gewonnen. Man sucht den Weg nach draußen. In Freiluftgaststätten wird gegessen, getrunken und debattiert. Auch die konservative Politik des derzeitigen Präsidenten Sebastian Pinera bleibt trotz des Erfolgskurses nicht unwidersprochen. Nicht nur, weil am 17. November dieses Jahres Wahlen bevorstehen. Das strikte Abtreibungsverbot etwa, das nicht einmal bei Vergewaltigungsoffern und bei einer Gefahr für das Leben der Mutter Ausnahmen vorsieht, ist Gegenstand des Protestes. Seit dem Bekanntwerden einer in der Familie vergewaltigten und schwanger gewordenen Elfjährigen wurde öffentlich heftig darüber diskutiert.

Alberto Mayol, Assistenzprofessor an der Universidad de Chile in Santiago, benennt allerdings eine Legitimitätskrise von Politik und Wirtschaft. Zum Ist-Zustand der Gesellschaft gehört eben auch, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich nicht schließt. Die neo-liberale Politik bietet hier keinen Ausweg.

Isabel Allende, Senatorin und Vizepräsidentin der Sozialistischen Partei Chiles (SP) und Tochter Salvador Allendes (und nicht zu verwechseln mit der Romanautorin gleichen Namens, der Nichte Salvador Allendes), hat große Hoffnung, dass die Präsidentin der SP Michelle Bachelet am 17. November siegreich aus den Wahlen hervorgeht.

Am 30. Juni haben Urwahlen stattgefunden, in denen die Präsidentschaftskandidaten des sich der Wahl stellenden Mitte-Rechts-Bündnisses *Allianza* und des Mitte-Links-Bündnisses *Nueva Mayoria* (Neue Mehrheit) festgelegt wurden. Siegte bei den Konservativen der *Allianza* (Allianz) der ehemalige Außenminister Pablo Longueira, so war es bei der *Nueva Mayoria* Michelle Bachelet. Sie war schon einmal – von 2006 bis 2010 – Präsidentin, die erste des Landes und in jenen Jahren zugleich die beliebteste Politikerin. Bis vor Kurzem arbeitete sie bei den Vereinten Nationen als Leiterin der Frauenorganisation. Gegen drei Mitbewerber setzte sie sich haushoch durch. Mit ihrer Person verknüpfen sich vielerlei Hoffnungen.

Man kann wieder frei reden in Chile, das ja. Heißt das aber auch, dass die drängenden sozialen Probleme heiß diskutiert würden? Vielleicht auch in Erinnerung an das, was einst das Linksbündnis der *Unidad Popular* mit Allende an der Spitze anstrebte?

Die Tochter Allendes musste sich nach der Rückkehr aus der Emigration an einen seltsam umschreibenden Sprachgebrauch gewöhnen. Die Dinge direkt beim Namen zu nennen schien offensichtlich vielen noch zu gefährlich. Angst und Verschweigen hatten noch ihren festen Platz im Verhaltensmuster der Menschen. Kein Wunder, denn Pinochet hatte nach Beginn des Demokratisierungsprozesses weiter seinen Senatorenposten inne und beeinflusste das Bild und den Prozess der Aufarbeitung der Vergangenheit mit.

Die – aufgrund der Verurteilung durch einen spanischen Richter in Abwesenheit erfolgte – mehrmonatige Festsetzung Pinochets bei einem London-Besuch 1998 dürfte befreiend gewirkt haben. Sprachprägende Ängste und Unsicherheiten sind indes schwer auszuräumen. Dem grausamen Ende des Aufbruchs der *Unidad Popular* mit Allende an der Spitze folgte nämlich die offizielle Sprachregelung für die Jahre

von 1970 bis 1973, die mit Chaos und Gewalt gleichgesetzt wurden, aus der Pinochet das Land durch den Putsch befreit habe. Morde, Folter, Konzentrationslager waren in dieser Diktion bloße situationsbedingte temporäre Übergriffe. Hoch anerkennenswert ist in dieser Hinsicht die Arbeit, die die Wahrheitskommissionen inzwischen geleistet haben.

Wohl kaum jemand wird wollen, dass es wieder zu heftigen Polarisierungen kommt, die in Gewalt enden könnten. Doch gerade in diesem Zusammenhang macht es Sinn, genau zu prüfen, was 1973 sowie in den Jahren davor und danach geschah. Junge chilenische Historiker und Journalisten stellen sich in den letzten Jahren verstärkt dieser Aufgabe. Zudem versuchen sie zu erkunden, welche Chancen der Weg Allendes tatsächlich hatte. Dafür werden nach Ende der Sperrfrist freigegebene Papiere der CIA und des US-Außenministeriums sowie Unterlagen zum Funkverkehr der putschenden Generäle vom 11. September 1973 und ursprünglich streng geheime chilenische Militärpapiere genutzt, ebenso wird natürlich die damalige Presse gesichtet. Die Forschung steht also geradezu vor einem Neuanfang.

1970 verband sich mit Chile auch die Hoffnung vieler auf einen quasi »Dritten Weg«, wie er schon in den 20er Jahren, von der Neuen Linken oder im Prager Frühling angedacht worden war: Im Gesellschaftsganzen die freie Entwicklung aller und gleiche Chancen für alle auf demokratische Weise zu praktizieren. Eine gescheiterte Vision.

Auch im heutigen Chile ist die positive wirtschaftliche Entwicklung nicht mit einem Schließen der Schere zwischen Arm und Reich verbunden. Wege zu mehr Chancengerechtigkeit im nationalen wie internationalen Maßstab zu suchen ist ein Gebot der Zeit. Eine schichtenspezifische Verarmung wirkt sich schließlich schnell auch in der Verringerung von geistig-produktiven Potenzialen aus. Die Realität be-

*Hoffnung auf
einen Dritten
Weg*

darf der Utopie, um nicht hinter den erreichten Stand zurückzufallen.

Aus Träumen wurden einst Albträume. Isabel Allende dankte bei einer Veranstaltung in der FES für die – in Zeiten deutscher Zweistaatlichkeit auf beiden Seiten geübte – Solidarität mit den nach dem Putsch Verfolgten. Sie überlegte aber auch, ob der Putsch durch stabilisierende Kredite aus Europa hätte verhindert werden können, als die USA diese verweigerten und die Kupferpreise international fielen (Der Kupferbergbau ist der entscheidende Garant wirtschaftlichen Wohlergehens des Landes). Die entschädigungslose Enteignung der Kupferbergwerke sei es gewesen, die die USA ihrem Vater nicht verziehen hätte, meinte Allende.

Oskar Negt, emeritierter deutscher Soziologie-Professor, kritisiert in seinem Buch *Der politische Mensch*, dass sich Politik entpolitisiere, nur noch verwalte. Dass es an Visionen fehle. Dass Demokratie nicht von selbst komme, sondern die einzige Staatsform sei, die gelernt werden müsse.

Wer 1973 Anfang 20 war, geht heute auf das Rentenalter zu. Jüngere, die weder Vorsicht im Mitteilen noch vielleicht sogar

Beschweigen üben mussten, könnten bald das Ruder übernehmen. Doch zunächst einmal steht die 1951 geborene und 1973 mit der Mutter über Australien in die DDR geflohene Verónica Michelle Bachelet Jeria zur Wahl. In der DDR studierte sie Medizin und kehrte trotz selbst erlebter Folter schon 1979 in ihr Heimatland zurück, um als Kinderärztin das dortige Elend zu mildern. Ihr gelten viele Sympathien. Nicht nur die der Jungen, aber die eben auch.

Am 17. November hat sie deshalb gute Chancen, gegen ihre Altersgenossin, die jetzt neu aufgestellte Kandidatin des Regierungslagers, Evelyn Matthei, zu gewinnen. Die Herausforderungen, die danach auf sie warten, sind allerdings immens. An erster Stelle muss eine Neuordnung des Wirtschaftssystems stehen, das bisher die Reichen über alle Maßen begünstigte. Bachelet hat auch schon ein paar Punkte ihres Programms benannt: eine Reform des Erziehungswesens mit Qualitätsverbesserungen und Kostenfreiheit für alle, eine gerechtere Steuergesetzgebung, die vor allem die Erhöhung der Kapitalertragssteuer einschließt, sowie eine neue Verfassung.



Dorle Gelbhaar

hat Kultur- und Literaturwissenschaften studiert, ist freie Autorin und Vorstandsmitglied des Verbandes deutscher Schriftsteller im ver.di-Landesverband Berlin.

dorle@gelbhaar.de

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Kandidaten vor dem TV-Abitur

Natürlich haben wir nicht die geringste Lust, Wochen nach der Prüfung das Ergebnis mit dem alten Schulmeister, der in seiner Ecke hockt und mit so viel nervendem Wohlwollen zuschaut, was wir treiben, noch einmal Fach für Fach und Note für Note durchzukauen, damit wir es das

nächste Mal (vielleicht) besser machen. Aber der – noch immer neugierige – alte Nörgler hat ja, gottlob, nicht nur die armen Prüflinge, sondern auch die Examinatoren im Auge, denn es wäre törichter Hochmut (zu dem sie neigen), wenn sie mit geblähter Brust davon überzeugt wären, dass sie